

FDP Rheinland-Pfalz · Am Linsenberg 14 · 55131 Mainz

Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände
Rheinland-Pfalz
c/o Landjugend RheinhessenPfalz
Weberstraße 9
55130 Mainz

Wahlprüfsteine

Mainz, 12. Februar 2016

Dr. Volker Wissing
Vorsitzender

FDP Rheinland-Pfalz
Am Linsenberg 14
55131 Mainz

rlp@fdp.de
www.fdp-rlp.de
twitter.com/fdprlp
facebook.com/fdprlp

T: 06131 232 541
F: 06131 233 803

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 18. Januar 2016 und Ihr darin zum Ausdruck gebrachtes Interesse an den Positionen der FDP Rheinland-Pfalz.

1. Definition des Begriffs "bäuerliche Landwirtschaft"

In der Vergangenheit wurde wiederholt eine Rückkehr zur bäuerlichen Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz gefordert, die anscheinend den Gegenpol zur "industriellen" Landwirtschaft darstellen soll.

Wir fragen:

Wie genau definieren Sie "bäuerliche Landwirtschaft" und wie stellen Sie sich deren Umsetzung im Kontext ökonomischer Betriebsführung und der Notwendigkeit ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften angesichts aktueller Herausforderungen am Markt genau vor?

Der Begriff der „bäuerlichen Landwirtschaft“ wird oftmals als politischer Kampfbegriff missbraucht, in Abgrenzung zur sogenannten „industriellen“. Der Begriff erzeugt einen Gegensatz, den es in der deutschen Landwirtschaft so nicht gibt. Er suggeriert, dass die Größe des Betriebes entscheidend für eine verbraucher- und umweltfreundliche Wirtschaftsweise wäre, ein Vorurteil, welches sich in der Praxis so nicht belegen lässt. Die FDP Rheinland-Pfalz sieht in den Bäuerinnen und Bauern Unternehmer, die sich auf einem sehr schwierigen und hart bekämpften Markt bewähren müssen, um ein ausreichendes Einkommen zu erzielen. Wechselnde politische Vorgaben im Umwelt- oder Verbraucherschutz bei einer immer tiefer eingreifenden politischen Regulierung machen es gerade kleinen Betrieben immer schwerer, die geforderten gesetzlichen Standards einzuhalten. Die Politik, die einerseits angeblich den bäuerlichen Familienbetrieb fordert, macht gerade diesen durch immer kompliziertere und bürokratische Auflagen das Leben schwer. Die Politik kann nicht einerseits den bäuerlichen Familienbetrieb fördern, andererseits aber eine Auflagenpolitik betreiben, die quasi nur noch für Großbetriebe mit eigener Verwaltung leistbar ist. Die FDP Rheinland-Pfalz setzt sich für eine Agrarpolitik ein, die aus der Praxis der landwirtschaftlichen Betriebe heraus gedacht und gemacht ist.

2. Finanzierungsplan und Personalentwicklungsplan sowie "Lehrerstellen" an den DLRs -Konsequenzen auf die Anhörung zu unserem Positionspapier

Die DLRs in Rheinland-Pfalz sind bereits jetzt unterbesetzt. Viele Lehrer übernehmen weitere Aufgaben wie Forschung, Beratung, Prüfungen im Pflanzenschutz, EU-Kontrollen etc..

Darunter leidet die Unterrichtsqualität und es kommt zunehmend zu Ausfällen. Die Altersstruktur der Lehrkräfte wird dazu führen, dass sich die Problematik in den kommenden Jahren weiter verschärfen wird. Die wenigen interessierten, qualifizierten Lehramtsanwärter werden zu selten übernommen. Der Standort Rheinland-Pfalz soll für Nachwuchskräfte wieder attraktiver werden. Die Landjugendverbände Rheinland-Pfalz haben zu dieser Problematik ein Positionspapier verfasst und Forderungen abgeleitet.

Wir fragen:

Wie planen Sie, mit diesen Forderungen umzugehen und dem Personalschwund an den DLRs entgegenzuwirken, um langfristig eine qualitativ hochwertige Ausbildung in der Landwirtschaft und dem Weinbau zu gewährleisten bzw. wieder zu erreichen?

Die FDP Rheinland-Pfalz setzt sich für eine moderne und fortschrittliche Beratung in der Landwirtschaft ein. Landwirtschaft ist ein sehr dynamischer Wirtschaftszweig mit einem atemberaubenden technologischen Fortschritt. Diese Entwicklungen zur Einkommensverbesserung aber auch für die konsequente Verbesserung des Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutzes zu nutzen, ist Aufgabe einer professionellen Beratung. Die Beratung darf sich dabei nicht an einem politischen Leitbild, vielmehr muss sie sich am tatsächlichen Bedarf der landwirtschaftlichen Betriebe orientieren. Landwirte sind Unternehmer und als solche benötigen sie eine Beratung auf höchstem professionellem Niveau. Nur eine solche kann eine geeignete Entscheidungsgrundlage für moderne Landwirte bieten.

Um diesen Anspruch in die Praxis umzusetzen, benötigen wir in der Beratung auch junge Fachkräfte. Deshalb ist es wichtig, dass die landwirtschaftliche Beratung ein Berufsgebiet bleibt, welches jungen Menschen eine attraktive Perspektive bietet. Eine gute fachliche Beratung ist die Grundlage für eine erfolgreiche, umwelt- und verbraucherfreundliche Landwirtschaft.

Moderne Dienstleistungszentren ermöglichen Synergieeffekt. Das heißt eine moderne Beratung kann sich auch positiv auf den Unterricht auswirken. Allerdings darf dies nicht dazu führen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „verheizt“ werden, vielmehr müssen die Dienstleistungszentren auch personell so aufgestellt sein, dass sie ihren Aufgaben sowohl im Bereich der Beratung als auch der Ausbildung gerecht werden können.

3. Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit - Vereinbarkeit von Ehrenamt mit Beruf, Ausbildung und Studium

Deutschland ist auf das ehrenamtliche Engagement junger Menschen angewiesen. Viele sind motiviert und möchten sich zum Wohle anderer einbringen, können dies jedoch nur schwer mit ihren anderen Verpflichtungen wie Schule, Ausbildung, Beruf und Studium vereinbaren.

Wir sehen es als dringend notwendig, eine Anerkennungskultur für ehrenamtliches Engagement zu schaffen, die es jungen Menschen ermöglicht, Freiräume zu nutzen, um sich in ihrem Ort, ihrer Gemeinde, ihren Berufsstand und für das Land Rheinland-Pfalz einzusetzen. Für die Qualität der ehrenamtlichen Arbeit wäre es zudem wichtig, Mittel bereitzustellen, um die Aus- und Weiterbildung ehrenamtlich Aktiver zu ermöglichen.

Wir fragen:

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um das jugendpolitische ehrenamtliche Engagement in Rheinland-Pfalz zu fördern?

Die FDP Rheinland-Pfalz will die Ausbildungen flexibilisieren, es sollte leichter sein eine Ausbildung auch einmal zu unterbrechen und zu einem späteren Zeitpunkt wieder fortzuführen. Das käme nicht nur dem ehrenamtlichen Engagement, sondern auch Existenzgründern zugute. Schule und Ausbildung sind zwar wichtig für die berufliche Entwicklung, sie sollten aber nicht nur unter diesem Aspekt gesehen werden. Vielmehr sollte die Gestaltung der Lehr- und Ausbildungspläne auch der persönlichen Entwicklung Rechnung tragen und ehrenamtliches Engagement oder auch eine Existenzgründung ermöglichen.

Die Flüchtlingskrise hat gezeigt, wie wichtig das Ehrenamt mittlerweile für die Gesellschaft geworden ist. Während sich die staatlichen Stellen bzw. die Landesregierung an vielen Stellen überfordert gezeigt haben, waren es die Menschen vor Ort, die sich eigeninitiativ dort engagierten, wo Hilfe benötigt wurde. Die Landespolitik sollte das bürgerschaftliche Engagement durch gezielte Aus- und Weiterbildungsangebote unterstützen. Eine wesentliche Erfahrung der Flüchtlingskrise ist, dass das Ehrenamt ein Pfeiler ist, auf den die Gesellschaft sich verlassen kann.

4. Partizipation

Es ist wichtig, die Partizipation junger Menschen zu fördern und diese zu Wort kommen zu lassen. Oft werden junge Menschen weder gehört noch gefragt, obwohl es um Entscheidungen geht, die ihr Leben heute und in der Zukunft betreffen. Jugendliche müssen als wertgeschätzte Mitgestalter unserer Gesellschaft

anerkannt werden. Junge Menschen müssen unterstützt werden ihre Interessen selbst zu formulieren und zu vertreten.

Wir fordern: Partizipation muss auf Landesebene über mandatierte Jugendvertreter erfolgen, statt über die willkürliche Auswahl von vermeintlich beispielhaften Einzelpersonen.

Wir fragen:

Wie planen Sie, junge Menschen stärker in den politischen Entscheidungsfindungsprozess einzubinden?

Jugendliche sind die Zukunft der Gesellschaft und als solche müssen sie selbstverständlich an die politischen Entscheidungsprozesse herangeführt und in diese, wo immer möglich, auch eingebunden werden. Politik und Staat müssen sich in weit stärkerem Maß als bisher um jugendgerechte Formen der Kommunikation und Aufbereitung von Inhalten bemühen. Die Politikverdrossenheit bekämpft man am besten damit, dass man junge Menschen für die politische Arbeit begeistert. Dafür muss aber auch sichergestellt sein, dass dieses Engagement eine Auswirkung auf den politischen Prozess hat. Gerade Jugendliche zeigen oftmals ein sehr großes Maß an Idealismus und Engagement. Es ist im Interesse der gesamten Gesellschaft diesem auch ein entsprechendes Angebot seitens der Politik und des Staates gegenüberzustellen. Dabei kommt den Jugendverbänden eine besondere Bedeutung zu. Diese sind nicht nur die natürlichen Ansprechpartner für Staat und Politik, durch ihre Organisation haben ihre Vertreterinnen und Vertreter auch ein klares demokratisches Mandat. Die Rentenpolitik der Bundesregierung hat erst wieder deutlich gezeigt, dass die Belange junger Generationen nur allzu leicht übergangen und verdrängt werden. Die FDP Rheinland-Pfalz will, dass die Interessen der jungen Generation weit stärker als bisher in der politischen Willensbildung berücksichtigt werden. Dieses ist gerade im Hinblick auf den demographischen Wandel notwendig. Damit die Lasten und Chancen gerecht auf die Generationen verteilt und die gesellschaftliche Solidarität der jüngeren mit der älteren Generation gewahrt bleibt.

5. Lebens- und Bleibeperspektiven im ländlichen Raum

Ländliche Räume werden für junge Menschen aufgrund infrastruktureller Defizite zunehmend unattraktiv. Das öffentliche Verkehrswesen macht es insbesondere Jugendlichen schwer, Schule und Ausbildungsplatz zu erreichen, kulturelle Veranstaltungen zu besuchen, soziale Kontakte zu pflegen, etc. Hinzu kommt das Problem der ärztlichen Versorgung auf dem Land, da sich nur wenige Hausärzte außerhalb der Ballungszentren niederlassen wollen.

Insbesondere in den letzten Jahren hat sich zudem die mangelnde Breitbandversorgung auf dem Land als großes Entwicklungshemmnis herausgestellt. Unternehmen und Betriebe können in Dörfern und Gemeinden mit schlechter Online-Anbindung nicht bestehen, Arbeitsplätze gehen verloren, Jugendliche fühlen sich abgehängt und ausgeschlossen.

Wir fragen:

Wie werden Sie diesen strukturellen Problemen begegnen, um die Lebens- und Bleibeperspektiven junger Menschen im ländlichen Raum nachhaltig zu verbessern?

Wer die ländlichen Räume am Leben erhalten will, muss dafür sorgen, dass junge Menschen dort auch eine Perspektive haben. Der Aderlass der ländlichen Regionen setzt in der Regel mit der Ausbildung der Jugendlichen ein. Schon eine weiterführende Schule gibt es nicht mehr vor Ort und spätestens im Rahmen der beruflichen oder akademischen Fortbildung sind viele junge Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Diese Entscheidung fällt vielen nicht leicht. Umso wichtiger ist es, dafür zu sorgen, dass es auch in den ländlichen Räumen ausreichend Ausbildungs- und Arbeitsplätze gibt. Deshalb sind Leuchtturmprojekte, wie der Flughafen Zweibrücken eines war, so wichtig. Auf dem Gelände haben sich zahlreiche Firmen angesiedelt, nicht nur im Zusammenhang mit dem Reiseverkehr sondern auch mit dem Handel. Jede Region braucht starke wirtschaftliche Zentren, damit junge Menschen eine Perspektive haben. Die ländliche Entwicklung wurde in Rheinland-Pfalz zu lange vernachlässigt. Es wurde zu wenig in die Straßen investiert, um den Anschluss des ländlichen Raumes an das nationale Verkehrsnetz zu gewährleisten. Es wurde zu wenig in den Netzausbau investiert, obwohl ein schnelles Netz den größten Wettbewerbsnachteil des ländlichen Raumes, die weite Entfernung zu Ballungsgebieten, ausgleichen kann. Dank des Internets können viele Leistungen ortsunabhängig angeboten werden und das ist eine gewaltige Chance für die ländlichen Regionen, vorausgesetzt sie wird genutzt.

Wer die Städte und Dörfer im ländlichen Raum erhalten will, der muss ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung tragen. Der ländliche Raum ist weit mehr als ein Erholungsgebiet für Städter und ein Naturreservat. Er ist ein Lebens- und Wirtschaftsraum, der den Menschen die dort leben Arbeits- und Ausbildungsplätze bietet und eine faire Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Wohlstand ermöglichen muss.

6. Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum

Die Flüchtlingskrise beschäftigt ganz Deutschland. Viele vertriebene Menschen suchen in Deutschland eine neue Heimat und eine Zukunft jenseits von Krieg, Terror, Hunger und Elend. Diese Menschen möchten ein neues Leben beginnen und sich aktiv in Deutschland einbringen. Momentan scheitert dies vor allem an

bürokratischen Hürden, die die Menschen zum Verharren in überfüllten Unterkünften verdammt.

Wir fragen:

Wie werden Sie an den bürokratischen Beschränkungen arbeiten, um es Flüchtlingen zu ermöglichen beruflich tätig zu werden und damit auch besser in unsere Gesellschaft zu integrieren, z. B. auch in den Grünen Berufen?

Wie wollen Sie die Flüchtlinge motivieren, soziale Kontakte zu knüpfen, die deutsche Sprache zu lernen und sich aktiv mit der deutschen Kultur vertraut zu machen?

Die Flüchtlingskrise hat gezeigt, dass vieles, was wir für unmöglich gehalten haben, möglich ist. Auf einmal wurden Vorschriften gelockert oder ignoriert, um eine schnelle Unterbringung und Versorgung von Menschen zu gewährleisten. Die Krise bietet damit auch die Chance viele unserer Vorschriften auf ihre Sinnhaftigkeit hin zu überprüfen und infrage zu stellen. Es geht dabei gar nicht mal so sehr darum, Flüchtlinge zu motivieren, sich mit der deutschen Sprache und Kultur vertraut zu machen, viel wichtiger ist es, ihnen die Gelegenheit dazu zu geben. Die meisten Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, sind willens sich auf unser Land einzulassen und unser Land sollte auch bereit sein sich auf die neuen Ankömmlinge einzulassen. Das heißt nicht, dass man seine Werte aufgibt, das heißt aber, dass man diese verständlich macht und erklärt. Das heißt die Zusammenarbeit und der Austausch von Vereinen mit Flüchtlingsheimen muss unterstützt und gefördert werden. Außerdem müssen an den Schulen genügend Lehrkräfte mit einer Qualifikation im Fach „Deutsch als Fremdsprache“ zur Verfügung stehen, um das Erlernen der Sprache zu erleichtern.

Bei der Unterbringung von Flüchtlingen hat sich gezeigt, dass unser Land in der Lage ist, auf die Einhaltung von Standards und Vorschriften auch einmal zu verzichten, wenn dies notwendig ist. Die gleiche Flexibilität sollte nun auch bei der Integration von Flüchtlingen gezeigt werden, etwa bei der Aufnahme einer Ausbildung. Die Flüchtlingskrise bietet die Chance, unsere Bürokratie auf die Sinnhaftigkeit der Vorschriften hin zu hinterfragen und vielleicht kommen wir dabei zu dem Schluss, dass die eine oder andere Regelung auch verzichtbar ist. Die Flüchtlingskrise ist ohne Zweifel eine enorme Herausforderung, damit wir diese bewältigen können, ist auch Flexibilität und Improvisationsvermögen gefragt.

7. Schutz vor Übergriffen und Gewalt

Spätestens nach den Ereignissen der Neujahrsnacht in Köln, aber auch anderen Großstädten ist die Stimmung in Deutschland angespannt. Es kam bereits zu "Menschenjagden" auf vermeintliche Asylanten durch Personen des rechten

Spektrums. Doch auch in der allgemeinen Bevölkerung machen sich Sorgen und Ängste breit, die schnell zu eskalierenden Gewaltspiralen führen können.

Wir fragen:

Wie planen Sie, zukünftig die Sicherheit der Menschen sowohl mit als auch ohne Migrations- bzw. Fluchthintergrund in Rheinland-Pfalz zu gewährleisten?

Wie wollen Sie dem Klima von Angst und verstärkt auch Fremdenhass entgegenwirken?

Wie schätzen Sie das aktuelle Gefahrenpotential in Rheinland-Pfalz ein?

Gewalt und Freiheit sind ein Widerspruch. In Deutschland liegt das Gewaltmonopol beim Staat, das verpflichtet diesen, umfassend für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Unabhängig von Herkunft oder Hautfarbe oder Alter, der Staat muss die Sicherheit aller Menschen in seinem Hoheitsgebiet gewährleisten. In Rheinland-Pfalz fehlt es an Polizeibeamten. Insbesondere im ländlichen Raum fühlen sich viele Menschen von der Polizei im Stich gelassen und sich bzw. ihr Eigentum nicht ausreichend geschützt. Die FDP Rheinland-Pfalz will 1000 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten in Rheinland-Pfalz und dafür sorgen, dass die Polizei auch in der Fläche des Landes wieder ausreichend präsent ist. Wir wollen die Polizei von Bürokratie entlasten, damit sie sich weniger um die Erfassung und Verwaltung und mehr mit der Bekämpfung von Verbrechen beschäftigen kann. Eine starke und handlungsfähige Polizei, gut ausgebildet und sowohl in personeller als auch technischer Hinsicht gut ausgestattet, stärkt das Sicherheitsgefühl der Mensch und ist ein wichtiger Beitrag das Gefahrenpotential im Land niedrig zu halten.

8. Ernährungsunterricht in den Schulen

Viele Kinder in deutschen Schulen wissen nicht mehr, wo ihre Lebensmittel herkommen und wie sie erzeugt werden. Daraus resultiert eine immer geringere Wertschätzung der Nahrungsmittel und auch ihrer Erzeuger. Gleichzeitig nehmen die ernährungsbedingten Zivilisationskrankheiten (z.B. Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems, Krebs, Diabetes, usw.) zu. Bereits jetzt gilt jedes fünfte Kind im Grundschulalter mittlerweile als zu dick. Wir sehen es daher als unverzichtbar an, schon frühzeitig Schüler durch Ernährungsunterricht aufzuklären. Es ist enorm wichtig, ihnen aufzuzeigen, wie gesunde, ausgewogene Ernährung aussieht und welche natürlichen Lebensmittel einen Beitrag zu körperlicher Gesundheit leisten. Schulen mit Kantinen sollten gesundes, frisches und regionales Essen anbieten. Projekttag und Elternabende sollten dazu genutzt werden, auch Eltern für die Thematik zu sensibilisieren.

Wir fragen:

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um einen Beitrag für die Gesundheit der Schüler in Rheinland-Pfalz zu leisten?

Je mehr Zeit die Kinder in der Obhut staatlicher bzw. öffentlicher Institutionen verbringen, zum Beispiel in Kindertagesstätten oder Ganztagschulen, umso wichtiger ist es, dass diese Institutionen auch Alltagswissen vermitteln. Die Grundlagen einer gesunden Ernährung gehören unbedingt dazu. Wir wollen, dass die Ernährung gerade von Kindern und Jugendlichen, in Kindertagesstätten und Schulen, eine größere Bedeutung zugemessen wird. Überall wo eine Schulverpflegung bzw. Ganztagsbetreuung angeboten wird, sollten die Träger sich um ein hochwertiges und gesundes Essensangebot bemühen. Das Angebot einer Ganztagsbetreuung geht einher mit der Übernahme einer großen Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen. Die Eltern müssen sich im Falle einer Ganztagschule darauf verlassen können, dass ihre Kinder nicht nur gut unterrichtet und betreut, sondern ernährt werden. Die Ganztagsbetreuung darf nicht zu einer Verschlechterung der Ernährung von jungen Menschen führen, im Gegenteil sie muss einen Beitrag zur Etablierung gesunder Ernährungsgewohnheiten und einer vollwertigen Ernährung sein.

9. TTIP und dessen Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz

Die Verhandlungen über das Transatlantische Handelsabkommen TTIP zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika werden kontrovers diskutiert. Viele Bürger zeigen sich skeptisch aufgrund der intransparenten Verhandlungen und Vertragsbestimmungen. Eine Rekordzahl an Unterschriften wurde europaweit gegen TTIP gesammelt.

Wir fragen:

Wie stehen Sie zu dem Abkommen?

Welche Chancen, aber auch Risiken sehen Sie für die Landwirte und Winzer in Rheinland-Pfalz und Deutschland?

Die öffentliche Diskussion dreht sich leider sehr stark um die relativ wenigen Punkte, die strittig sind. Das überdeckt, wie groß die bereits erzielten Übereinstimmungen sind. Die Erfahrungen, z.B. mit dem VW-Skandal, haben gezeigt, dass der Verbraucherschutz in Amerika nicht schlechter, sondern anders funktioniert. Amerika und die Europäische Union vertreten ähnliche Werte und beide nehmen den Verbraucher- und Umweltschutz ernst. Zwischen zwei Wirtschaftsräumen mit ähnlichen Wertvorstellungen, sollte es eigentlich möglich sein, noch offene Fragen konstruktiv zu klären. Der freie Handel, der Verzicht auf Zölle und die Vereinfachung und Vereinheitlichung von Vorschriften sind kein Verlust, sondern eher ein Gewinn. Wir sollten daher an dem Abkommen festhalten und gemeinsam mit Amerika nach einem Kompromiss suchen, der den Bedenken beider Seiten Rechnung trägt.

10. Förderung des Berufswettbewerbes der deutschen Landjugend

Der Berufswettbewerb der Deutschen Landjugend wird seit über 60 Jahren deutschlandweit veranstaltet. Er bietet jungen Auszubildenden in den Grünen Berufen die Gelegenheit, ihr Können und Wissen unter Beweis zu stellen, Kolleg/innen in gleichen Lebenszusammenhängen kennen zu lernen und sich mit diesen auszutauschen. Sie betreiben damit aktive Öffentlichkeitsarbeit für ihren Beruf und auch für ihr Bundesland. Erst durch die Unterstützung des Landes Rheinland-Pfalz ist auch die Durchführung im Land möglich. Es wäre bedauerlich für die Grünen Berufe, die jungen Menschen und letztlich auch für das Land Rheinland-Pfalz, wenn der Wettbewerb aus haushaltspolitischen Gründen in unserem Land nicht mehr durchgeführt werden kann. Rheinland-Pfalz wäre dann das einzige Land, das keine Teilnehmer am Bundesentscheid stellt.

Wir fragen:

Wie stehen Sie zu dem Berufswettbewerb der deutschen Landjugend und dessen finanzieller Förderung in der Zukunft?

Die FDP Rheinland-Pfalz setzt sich für eine praxisorientierte und umfassende Ausbildung in den grünen Berufen ein. Berufswettbewerbe sind ein wichtiger Beitrag zu einem positiven Lernumfeld. Sie spornen an und tragen dazu bei, dass Jugendliche zu überdurchschnittlichen Leistungen motiviert werden. Die bisherigen Erfahrungen mit den Berufswettbewerben sind ausgesprochen positiv. Die Berichterstattung über die Wettbewerbe leistet einen wichtigen Beitrag, um die Öffentlichkeit über den Fortschritt in den grünen Berufen zu informieren und hilft die Attraktivität der Ausbildungsberufe zu steigern. Auch bei den grünen Berufen darf es nicht zu einem Fachkräftemangel kommen. Für eine nachhaltige Landwirtschaft, aber auch für einen praxisorientierten Umwelt- und Naturschutz wäre das fatal. Aus Sicht der FDP Rheinland-Pfalz sind Investitionen in die Ausbildung, Investitionen in die Zukunft des Landes.

11. Mögliche Koalitionspartner

Das Parteienspektrum in Deutschland und entsprechend auch in Rheinland-Pfalz ist sehr breit und diversifiziert. Für viele Wähler ist es nicht nur interessant, welche Partei die Mehrheit erlangt, sondern auch, mit welcher Partei eine Regierung gebildet wird.

Wir fragen:

Mit welcher Partei können Sie sich am ehesten eine konstruktive Zusammenarbeit vorstellen und welche scheiden als Partner definitiv aus?

Wir sind von unseren Positionen überzeugt und werben bei den Wählerinnen und Wählern um Zustimmung für diese. Eine Koalition ist nie ein politisches Wunschbild,

sondern stets ein unter Umständen notwendiger Kompromiss. Wir vertrauen auf die Wählerinnen und Wähler, dass sie nur solche Parteien in den Landtag wählen, die im Einklang mit unseren demokratischen Grundwerten und unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung stehen. Je nachdem, welches Mandat uns die Wählerinnen und Wähler geben, ist die FDP Rheinland-Pfalz gewillt, sich konstruktiv an einer Regierungsbildung zu beteiligen, allerdings nur, wenn die Umsetzung unserer Forderungen sichergestellt ist. Für Koalitionen unter Einbeziehung des linken oder rechten Randes des politischen Spektrums stehen die Freien Demokraten nicht zur Verfügung.

12. Landwirtschafts- und Weinbaupolitik

Für uns, die Landjugendverbände in Rheinland-Pfalz, ist die Landwirtschafts- und Weinbaupolitik von existenzieller Bedeutung. Auch ist eine möglichst autarke Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ein hohes Gut, das nicht leichtfertig aufgegeben werden sollte. Um dies zu gewährleisten ist eine gute verwaltungstechnische und politische Begleitung durch das Land Rheinland-Pfalz notwendig.

Wir fragen:

Werden Sie die Landwirtschafts-, Forst- und Weinbaupolitik in einem eigenständigen Ministerium gestalten und umsetzen? Falls nein, warum nicht?

Die Änderung des Zuschnitts des für Landwirtschaft und Weinbau zuständigen Ministeriums hat dieses deutlich geschwächt und damit auch der Landwirtschaft und dem Weinbau in Rheinland-Pfalz geschadet. Die Umgestaltung ging zulasten der Wettbewerbsfähigkeit, vor allem im touristischen Bereich, im Marketingbereich und auf dem Gebiet des Exports.

Die FDP fordert ein Querschnittsministerium von Wirtschaft, Infrastruktur, Landwirtschaft, Weinbau und Tourismus, damit eine Bündelung von Aufgaben und Leistungen möglich wird, zum Vorteil der grünen Berufe. Am sinnvollsten wäre es, wenn man auch die Bereiche Umwelt- und Verbraucherschutz in ein solches Ministerium integrieren könnte (bessere Vernetzung und Kosteneinsparung). Die Qualität von Forschung, Lehre und Beratung muss dabei erhalten bleiben, was auch für den Erhalt der Standorte in der Fläche gilt.

13. Chancen, Perspektiven und Planungssicherheit für Junglandwirte und Jungwinzer in Rheinland-Pfalz

Für eine zukunftsfähige, nachhaltige und flächendeckende Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Rheinland-Pfalz sind verlässliche,

planungssichere und praktikable Rahmenbedingungen unerlässlich. Nur dann sehen junge Nachwuchskräfte Perspektiven in ihrem Beruf.

Wir fragen:

Wie stellen Sie eine attraktive Junglandwirte- und Jungwinzerförderung in Rheinland-Pfalz sicher?

Wie stellen Sie sich eine zielführende Förderung von Existenzgründern vor?

Wir wollen Existenzgründungen durch Bürokratieabbau und eine effizientere Organisation der Verwaltung erleichtern. Unsere zentralen Forderungen für die Erleichterung von Gründungen sind:

- Vereinfachung von Gründungen durch Schaffung einer One-Stop-Agency. Gründer brauchen für alle Fragen und Formalien eine Anlaufstelle.
- Eine stärkere Verknüpfung von Wirtschaft, Schule und Hochschule zur Vermittlung des Unternehmertums. Dies kann durch sog. Practice-Days in Schulen oder Unternehmen erfolgen.
- Schaffung von günstigen Büro- und Verwaltungsräumen im Verbund mit der Wirtschaft, um insbesondere Gründer aus strukturschwachen Regionen zu unterstützen.
- Förderung von Gründungsbüros an Hochschulen, um Ausgründungen, insbesondere im Technologie- und Forschungsbereich, zu erleichtern.
- Bürokratieabbau für Gründer und den Mittelstand, z.B. durch eine One-In-One-Out-Regelung für Landesgesetze oder aber auch eine Ablaufzeit für Gesetze.
- Öffnung von Förderprogrammen, wie z.B. der EXIST-Förderung, auch für Nichtakademiker oder klassische Gründer im Handwerk.
- Förderung einer Kultur, welche eine zweite Chance ermöglicht und fördert.
- Einführung eines bürokratiefreien Jahres. Eine Gewerbeanmeldung soll für das erste Gründungsjahr ausreichend sein.
- Förderung des Breitbandausbaus, gerade in ländlichen Räumen. Gründungen auf dem Lande dürfen gegenüber denen in Großstädten nicht benachteiligt werden.
- Eine gründerfreundliche Politik auf Bundesebene einfordern. Hierzu zählen u.a. die Steigerung der Attraktivität von Beteiligungsinvestitionen, bessere Rahmenbedingungen und Rechtsrahmen für Wagniskapital und Crowdfunding, die Einführung eines Venture-Capital-Gesetzes.

In Anbetracht der Bedeutung des Weinbaus, sowohl in wirtschaftlicher, als auch kultureller und ökologischer Hinsicht, muss die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Weinbaus ein zentrales Anliegen einer jeden Landesregierung sein. Um die Fortführung der Betriebe und den Generationswechsel zu erleichtern, setzen wir

auf eine starke Jungwinzerförderung. Wir wollen diese kontinuierlich überprüfen und an dem jeweils aktuellen Bedarf ausrichten.

14. Bekenntnis zum Produktionsstandort Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz ist ein landwirtschaftlich und weinbaulich geprägtes Flächenland. Wir sind stolz auf die hier nachhaltig produzierten Qualitätsprodukte. Politik und Gesellschaft stellen jedoch immer höhere Ansprüche an die Landwirtschaft. Die Produkte sollen ressourcenschonend, nachhaltig und regional erzeugt werden, aber gleichzeitig möglichst billig sein. Jedoch ist eine bedarfsdeckende, lokale Erzeugung nur durch eine intensivierete Bewirtschaftung möglich. Diese wird jedoch von breiten Teilen der Bevölkerung abgelehnt.

Wir fragen:

Was werden Sie tun, um die Akzeptanz von bestehenden und neuen Produktionsstandorten zu steigern und die Konkurrenzfähigkeit rheinland-pfälzischer Betriebe zu erhalten bzw. zu erhöhen?

Die Rolle der Politik und ganz besonders der Agrarpolitik sollte eine vermittelnde sein. Die Agrarpolitik und ganz besonders das zuständige Ministerium sollte als Mittler zwischen Landwirtschaft/Weinbau und Verbraucherinnen und Verbraucher fungieren, da es die Perspektiven beider Seiten kennt. Wir brauchen eine verlässliche Agrar- und Weinbaupolitik, die basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen klare und zuverlässige Standards vorgibt, welche den Bäuerinnen und Bauern sowie den Winzern Handlungs- und Planungssicherheit gibt. Gerade im Hinblick auf die hohen Investitionssummen und langen Nutzungsdauern ist es für die Landwirte und Winzer nicht möglich, jeden kurzfristigen Modetrend zeitnah umzusetzen. Eine sich an wechselnden Moden und Stimmungen orientierende Agrar- und Verbraucherschutzpolitik schadet den Betrieben und fördert das Aussterben gerade kleinerer Familienbetriebe. Gerade die Verbraucherschutz- und Umweltpolitik im ländlichen Raum sollte stets auch aus der Perspektive der Betriebe gedacht werden. Praxisferne und bürokratische Vorschriften, die im betrieblichen Alltag kaum umsetzbar sind, führen nicht zu mehr Umwelt- oder Verbraucherschutz, sie verschlechtern ohne Not die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Betriebe. Die Folge ist ein Anstieg von Importen aus Ländern in denen die deutschen Umwelt- und Verbraucherschutzregeln nicht gelten. Das ist weder im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher noch der heimischen Winzer und Bauern.

15. Entbürokratisierung

Landwirtschaft und Weinbau werden von einer immer überbordender werdenden Bürokratie schier erdrückt. Einen großen Teil ihrer Arbeitszeit müssen Landwirte und Winzer dem Ausfüllen, Bearbeiten, Überprüfen und Abgleichen von Anträgen und Nachweisen widmen. Hier den Überblick zu behalten ist fast unmöglich. Zu

ihrer eigentlichen Arbeit kommen sie kaum noch, bzw. es geht zu Lasten ihrer ohnehin schon knappen Freizeit.

Wir fragen:

Was werden Sie tun, um die gigantische Bürokratie im Agrar- und Weinbaubereich einzudämmen?

Eine Entbürokratisierung der enormen Vielzahl der Vorschriften für Landwirtschaft und Weinbau ist überfällig. Selbst gewillten Landwirten und Winzern wird die Einhaltung des geltenden Rechts aufgrund der unübersichtlichen Rechtslage nahezu unmöglich gemacht. Die bestehenden Regeln müssen dringend überprüft, sich überschneidende Regelungen angepasst sowie doppelte gestrichen werden, damit es einen einheitlichen und verständlichen Rechtsrahmen für Bauern und Winzer gibt. Es reicht nicht, dass die Regierung immer neue Vorschriften erlässt und die Pflege der bestehenden vernachlässigt. Das hat zu einem Regelungswildwuchs im Weinbau und der Landwirtschaft geführt, der höchstens noch dem in der Steuergesetzgebung vergleichbar ist. Unsere Bauern und Winzer wollen sich an Recht und Gesetz halten, der Gesetzgeber sollte das durch einfache und verständliche Vorschriften unterstützen und nicht durch immer kompliziertere Regelungen nahezu unmöglich machen. Die Vereinfachung der relevanten Vorschriften in Landwirtschaft und Weinbau ist ein wichtiges Anliegen für die FDP Rheinland-Pfalz.

Mit freundlichen Grüßen

